Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Frieden oder Krieg? ; Ein gefährlicher Schritt ; "Niedergang" Englands ; Aufstieg Amerikas ; Deutschland zwischen Ost und West ; Zur Haltung Russlands

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138953

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gerechtfertigt ist und, weltlich gesprochen, die Vernunft und die politische Logik für sich hat — zum Segen der anderen genau so wie zu dem der Juden. Das ist meine, oder wenn man will, *der* Zionisten unerschütterliche Ueberzeugung, welche, Gott sei es gedankt, auch von vielen nicht-jüdischen Pro-Zionisten ohne Einschränkung geteilt wird[1]) wie, um ein einziges Beispiel zu geben, von einem katholischen Ordensbruder, also einem streng christlich lebenden Mann, der mir am 29. August v. J. schrieb: „Ich bin vollkommen überzeugt, daß der Zionismus die einzig richtige Lösung der Judenfrage ist, und ich werde mich dafür einsetzen, wo ich kann." *Norbert Weldler.*

Weltrundschau

Frieden oder Krieg?

Nun sind die Außenminister der vier alliierten Hauptmächte mit ihrem Troß von Beratern, Hilfskräften und Presseleuten schon mehr als eine Woche lang in *Moskau* versammelt, um zunächst über Deutschlands und Oesterreichs Zukunft, sodann aber auch über die anderen brennenden Weltfragen womöglich zu greifbaren Beschlüssen zu kommen. Aber noch ist keinerlei klarer, positiver Leitgedanke, kein großzügiger, aufbauender Gesamtplan für die Lösung dieser in sich zusammenhängenden Probleme in den meist unerquicklichen Debatten aufgetaucht, die bisher zwischen den „großen Vier" gepflogen wurden, und wenn auch im Laufe der Wochen ziemlich sicher wieder irgendeiner der ebenso beliebten wie trügerischen Kompromisse zwischen widerstreitenden Auffassungen und Interessen zurechtgezimmert werden wird, so wird das nur um so stärker den Eindruck befestigen, daß es sich auch in Moskau weniger um eine *Friedenskonferenz* als um eine *Vorkriegskonferenz* handle, die allerseits von dem Gedanken beherrscht sei, daß es früher oder später ja doch zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Ost- und Westblock kommen müsse, und daß es darum für jede Macht vor allem gelte, die besten Bedingungen für den *Sieg* in dem „unausweichlichen" dritten Weltkrieg zu schaffen.

Alle guten Geister müssen zusammenwirken, um diesen fürchterlichen, selbstmörderischen Aberglauben zu brechen und Wege zu zeigen, auf denen sich die Völker vor einer neuen Katastrophe retten können. Solche Wege *gibt* es, auch wenn sie nicht von heute auf morgen zum Ziel führen, und wenn es insbesondere auch nur sehr allmählich gelingen wird, die tiefliegenden Gegensätze zu überwinden, die jetzt die westliche Welt von der östlichen trennen. *Einer* von diesen Wegen besteht darin, daß die reichen und durch den Krieg noch reicher gewordenen Länder den armen und namentlich den durch den Kampf

[1]) Siehe den Abschnitt „Die Stellung der Nichtjuden" (Schweizer Pro-Zionisten usw.) in meiner Schrift S. 79 ff.

gegen Hitler noch viel ärmer gewordenen Ländern im Rahmen der Vereinten Nationen durchgreifend *helfen.* Das heißt praktisch vor allem, daß die nordamerikanische Union, die sich rühmt, die Hälfte des ganzen Weltreichtums und sämtlicher Produktionskräfte der Erde zu besitzen, den überwiegend landwirtschaftlichen, maschinen- und ausrüstungshungrigen Staaten des europäischen Ostens weitherzig, ohne Ansehen des Regimes, Wiederaufbau- und Entwicklungskredite gewährte und gleichzeitig zusammen mit allen anderen „zivilisierten" Nationen die wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker Asiens und Afrikas aus ihrer oft grauenhaften Armut heraushöbe und zu Wohlstand und sozialer Sicherheit emporführte. Solch tätige Anerkennung der internationalen Verbundenheit würde nicht allein der Sache des Völkerfriedens unermeßliche Dienste leisten; sie wäre für Amerika auch ein glänzendes Geschäft und könnte wesentlich dazu beitragen, die ihm drohende Wirtschaftskrise wenn nicht zu verhindern, so doch abzuschwächen.

Die Vereinigten Staaten begreifen denn auch immer klarer, wie unauflöslich eng sie bereits mit der übrigen Menschheit zusammengewachsen sind, und reden schon seit Jahr und Tag von der „one world", von der einen und unteilbaren Welt, mit deren Schicksal auch das ihrige endgültig und unentwirrbar verflochten sei. Aber sie verleugnen diese Schicksalsgemeinschaft sofort wieder, indem sie, auf dem Boden des kapitalistisch-imperialistischen Machtkampfes stehenbleibend, die Welt in zwei feindliche Lager gespalten sehen (so wie das ähnlich, von ihrem dogmatischen Marxismus aus, auch die Sowjetunion tut, freilich durch eine dreißigjährige Erfahrung in ihrem Glauben an die Feindseligkeit der kapitalistischen Welt sehr gestärkt) und ihre Solidarität nur denjenigen Völkern bekunden, die zur gleichen politisch-sozialen Gruppe gehören wie sie selber oder doch für sie gewonnen werden sollen. Das zeigte sich schon bei der letztjährigen Kredithilfe an das „rote" England, die schließlich in der amerikanischen Bundesversammlung nur durchging, weil man in England einen möglichen Verbündeten gegen Rußland sah. Das ist mehr und mehr der Leitgedanke der amerikanischen Lebensmittelhilfe an die europäischen und vorderasiatischen Völker geworden, und das ist insbesondere auch der Sinn der *Finanzhilfe für Griechenland und die Türkei,* zu der sich die Vereinigten Staaten jetzt entschlossen haben.

Ein gefährlicher Schritt

Präsident Truman hat diese Maßnahme, die so gewaltiges Aufsehen in der Welt erregt hat, vor allem damit begründet, daß es nötig sei, „freien Völkern zu helfen, ihre freiheitlichen Einrichtungen zu bewahren", und sie vor dem Zugriff eines alles selbständige Leben erwürgenden Despotismus zu retten. So etwas kann man ja einem naiven Galeriepublikum erzählen, das nicht weiß, daß Griechenland — ich erinnere

an den in der Februar-Rundschau angeführten Aufsatz von Harold Nicholson — ein reaktionär-monarchistischer Staat ist, dessen Regierung sich nur gestützt auf britische Bajonette halten kann, und dessen Parlament dem wirklichen Volkswillen nicht besser entspricht als das polnische oder bulgarische Parlament, einem Publikum, das auch gerne darüber hinwegsieht, daß die Türkei auch bei nachsichtigster Beurteilung kaum anders denn als totalitäre Diktatur von ausgeprägt konservativem Charakter bezeichnet werden kann, mit 80 Prozent Analphabeten und einem Militär- und Polizeiapparat, der 65 Prozent des Volkseinkommens verschlingt (vgl. John Kimche in der Januar-Nummer der „Roten Revue"). Die Wahrheit ist, daß die Vereinigten Staaten die Diktatur nur dort bekämpfen, wo sie *revolutionären* Zielen dient, während sie dieselbe überall, von Argentinien und Spanien über die polnische und bulgarische Opposition hin nach Persien und bis zum China Tschiang Kai-Scheks, planmäßig unterstützt, sobald sie *gegenrevolutionär-faschistischen* Charakter trägt und sich gegen die Sowjetunion gebrauchen läßt. Kein Ehrlicher läßt sich deshalb über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es in erster und letzter Linie kapitalistisch-imperialistische Macht- und Besitzinteressen sind, die Amerika zu seinem Engagement in Griechenland und der Türkei veranlaßt haben; die Vereinigten Staaten haben sich eben wirtschaftlich und militärisch im Mittelmeerraum und im Vorderen Orient schon so tief in das Spiel um Geld und Einfluß, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, Verkehrswege und Stützpunkte eingelassen, daß sie mit innerer Gesetzmäßigkeit von einem Schritt zum anderen getrieben werden und ihrer Entschlüsse immer weniger Herr sind.

Und das ist nun eben das Beunruhigende: Mit einem Eingreifen in Griechenland und der Türkei hat Amerika vielleicht tatsächlich den Rubikon überschritten, der es bisher noch von einer offenen *Kriegspolitik* getrennt hatte. Noch zögert es, dort mit eigener Militärmacht aufzutreten und sorgt nur dafür, daß die von ihm zu gewährenden Kredite — bei Griechenland bis zur Hälfte — auch für die militärische Aufrüstung seiner neuen Vasallenstaaten verwendet werden; aber wie lange wird es gehen, bis es nach seiner „Demonstrationsflotte" auch eigene *Armeen* ins Mittelmeer schickt, um die „freien Völker" gegen Rußland zu verteidigen? Denn das ist ja jedem Kinde klar: die neue amerikanische Gebärde zielt auf *Rußland*. Die offenherzigeren unter den amerikanischen Politikern reden auch schon ganz unverholen von der „Kraftprobe" mit der Sowjetunion, zu der sich jetzt die Vereinigten Staaten anschickten, und man braucht bloß die Aeußerungen der bürgerlich-kapitalistischen, der katholisch-konservativen oder gar der eigentlich faschistischen Presse zu lesen, um über den Sinn des jüngsten amerikanischen Vorstoßes vollends im Bilde zu sein[1]).

[1]) United Press meldet aus Madrid: „Die spanische Presse hat die Truman-Botschaft über Griechenland und die Türkei mit *jubelnden Schlagzeilen* groß auf-

Was für Ueberlegungen die amerikaniſche Politik dazu beſtimmt haben, dieſen Vorſtoß gerade jetzt zu machen, und dazu noch in einer ſo herausfordernden Form, das iſt eine Frage für ſich; von einer verſtärkten „ruſſiſchen Gefahr" im Mittelmeerraum iſt nichts zu bemerken, und auch für den Fortgang der Konferenzverhandlungen in Moskau kann man ſich von den Waſhingtoner Fanfarenſtößen nicht viel Gutes verſprechen. Man muß faſt annehmen, daß es das Gefühl ſeiner ungeheuren, konkurrenzloſen Wirtſchafts- und Militärmacht iſt, das Amerika verführt, derart hemmungslos aufzutrumpfen. Man iſt ja ſozuſagen unangreifbar; man hat namentlich das *Atombomben-Monopol* und kann ſich auch die Aufwendung geradezu phantaſtiſcher Mittel für die Entwicklung weiterer Maſſenvernichtungswaffen leiſten, gab doch die Regierung der Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr für wiſſenſchaftlich-techniſche Forſchungen nahezu 1000 Millionen Dollar aus, davon faſt 90 Prozent für militäriſche Zwecke, gegen kaum 50 Millionen vor dem Krieg.

Aber wäre das nicht eine erſchreckende Geiſtesverfaſſung? Wäre es nicht das, was die Alten *Hybris* nannten, frevelhafte, gottloſe Vermeſſenheit? Henry Wallace wird in der Tat nicht müde, in ſeiner „New Republic" vor der fortſchreitenden Militariſierung und Proſtituierung der amerikaniſchen Wiſſenſchaft und Technik zu warnen. „Wenn wir", ſo ſchrieb er letzthin „die gegenwärtige Lage fortdauern laſſen, dann werden wir ſchließlich in den Vereinigten Staaten einen halbmilitäriſchen Polizeiſtaat haben. Niemand wird das ſo beabſichtigt haben, aber die Kräfte die jetzt in Bewegung geſetzt ſind, werden unvermeidlich dazu führen, wenn nicht das Volk durch ſeine gewählten Vertreter ſeine Stimme erhebt." Und was das Atombomben-Monopol betrifft, ſo meint Wallace, daß es die längſte Zeit beſtanden habe. Kanada erzeuge bereits Plutonium und könne dann auch (was es freilich vorerſt nicht wolle) Atombomben herſtellen; in Frankreich ſei man der Atomzertrümmerung auch ſchon recht nahe (Profeſſor Joliot-Curie behauptet in der „United Nations World" ſogar, Frankreich *beſitze* das Geheimnis der Atombombe ſchon) — kurz, es ſei „vollkommen klar, daß innert kurzem jedes Land, das ſpaltbare Stoffe erzeugen kann, auch entſprechende Bomben machen kann." Und dann? Werden dann die Völker zu Abrüſtung und Frieden nicht einfach *gezwungen* ſein? Oder erliegt dann eine der rivaliſierenden, ſich vor einander fürchtenden Weltmächte nicht erſt recht der Verſuchung zum *Präventivkrieg?*

---

gemacht. Die ſpaniſche Theſe ſei es geweſen, daß bisher Spanien das einzige Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa darſtelle. Informierte Stellen ſagen, man ſei in Regierungskreiſen äußerſt befriedigt, daß nun auch die Vereinigten Staaten Francos Stellungnahme gegen den Kommunismus teilen." — „Nun auch" iſt ungenau; ſie tun es ſchon lang.

«Niedergang» Englands Es ist unter diesen Umständen fast ein Glück zu nennen, daß wenigstens *Großbritannien* aus dem internationalen Machtkampf mehr und mehr ausscheidet. Die Aufrechterhaltung seiner alten, glorreichen Weltreichstellung geht allmählich einfach *über* seine Kraft. England hat mit seinen inneren Problemen gerade genug zu tun; denn wenn auch die akute Kohlen- und Elektrizitätskrise dank den drakonischen Regierungsmaßnahmen und der Brechung der Herrschaft des Winters als überwunden gelten darf, so bleiben der ungelösten Wirtschaftsfragen doch so viele und so lebensgefährlich schwere, daß die Labourregierung ihre Kraft vor allem den *inneren* Aufgaben widmen und außenpolitische Passivposten nach Möglichkeit abstoßen muß.

Zu einem solchen Passivposten ist vor allem *Indien* geworden, das nicht bloß aus Mangel an Machtmitteln, sondern auch infolge des immer rascheren Uebergangs der Wirtschaftskräfte dieses gewaltigen Halbkontinents an die aufsteigende indische Kapitalistenklasse nicht mehr lange zu halten gewesen wäre, auch wenn nicht grundsätzliche Erwägungen eine demokratisch-sozialistische Regierung hätten veranlassen müssen, Indien freizugeben. Der in die Berichtszeit fallende Beschluß der britischen Regierung, Indien bis spätestens Juni 1948 zu räumen, stellt trotzdem ein weltgeschichtliches Ereignis erster Ordnung dar. Ob der englische Rückzug auch den unmittelbaren Zweck erfüllt, dem er dienen soll, nämlich für Hindus und Mohammedaner einen Zwang zur Einigung zu schaffen, bleibe dahingestellt; die *mittelbaren* Wirkungen der Räumung Indiens können angesichts der ungeheuren Bedeutung, welche die Beherrschung und Ausbeutung dieses Landes für das ganze britische Volksleben hatte, gewiß schwerlich überschätzt werden.

Dazu kommt nun die voraussichtliche Loslösung auch *Burmas* vom Britischen Reich, kommt der auch durch verschärften Militärterror kaum mehr zu verschleiernde Zusammenbruch der englischen Stellung in *Palästina* (die freilich durch die Preisgabe Indiens an Bedeutung sehr verloren hat), der so gut wie abgeschlossene Rückzug Englands aus *Aegypten* und nun also die Anrufung amerikanischer Hilfe für die Behauptung der angelsächsischen Machtstellung in *Griechenland* und *Kleinasien* — kurz, das noch vor weniger als einem Jahrzehnt so stolze britische Weltreich scheint in vollem Zerfall begriffen. Kanada, Australien und Neuseeland, die drei großen Dominien, entwikkeln sich ja schon mindestens seit dem ersten Weltkrieg immer weiter vom Mutterland weg und geraten mehr und mehr in die amerikanische Anziehungszone hinein; am ehesten ist noch — o Ironie! — das halbfaschistische Südafrika mit England verbunden, dessen Königspaar gerade jetzt zu Besuch in der ehemaligen Kapkolonie weilt.

So lebhaft wir die Umwandlung des britischen Empire in einen Commonwealth, eine auf Freiwilligkeit beruhende Völkergemein-

ſchaft, und den Rückzug Englands aus dem imperialiſtiſchen Konkurrenzkampf begrüßen würden — *dieſe* Entwicklung, dieſe Auflöſung des Britiſchen Reiches in ſeine Beſtandteile bedauern wir tief und nehmen ſie auch noch nicht als endgültig an. Sie hat freilich zunächſt auch das Gute, daß ſich England, außer an Amerika, weit ſtärker an das kontinentale Europa anlehnt als jemals früher in ſeiner Geſchichte, neuerdings beſonders durch den Abſchluß eines 50jährigen Militär- und Wirtſchaftsbündniſſes mit *Frankreich*, dem ähnliche Vereinbarungen mit anderen Feſtlandſtaaten folgen ſollen; mit der Politik eiferſüchtiger Unabhängigkeit, die England geſtattete, in „glänzender Iſolierung" jeweilen das Gewicht ſeiner Kraft in die Waagſchale derjenigen Mächtegruppe zu werfen, die gegen eine Beherrſchung Europas durch einen einzelnen Militärſtaat kämpfte, mit dieſer fälſchlicherweiſe „Gleichgewichtspolitik" genannten Haltung iſt es jedenfalls ein für allemal vorbei. Ob England als Erſatz für ſeine verlorene Weltmacht mehr und mehr die Vormacht des *freiheitlichen Sozialismus* werden wird, das iſt allerdings noch nicht entſchieden; es hängt ganz von den moraliſchen Reſerven ab, die es in ſeinem gegenwärtigen, heroiſchen Ringen aufzubieten hat. Sollten dieſe Kräfte — denen wir immer noch das Höchſte zutrauen — für die Schwere der Aufgabe wirklich nicht mehr ausreichen, dann wird eben das gleiche eintreten, was in ſolchem Fall auch allen anderen, mehr oder weniger demokratiſch regierten Ländern droht: es wird zu einer von *autoritären* Mächten getragenen Umwälzung der bisherigen Ordnungen kommen, ſei dieſe nun faſchiſtiſcher oder kommuniſtiſcher Art.

Aufstieg Amerikas Während Englands Stern — dem äußeren Scheine nach wenigſtens — verbleicht und niedergeht, ſteigt derjenige Amerikas um ſo ſteiler und glänzender empor. Die Vereinigten Staaten ſind aus dem zweiten Weltkrieg als erſte, reichſte und ſtärkſte Macht der Erde hervorgegangen. Und ihrer Alleingeltung ſteht nur noch *ein* ernſtes Hindernis im Wege: die Sowjetunion. In jugendlichem Kraftbewußtſein dehnt Amerika ſeine wirtſchaftliche, militäriſche und politiſche Macht auf immer weitere Länder aus. In der Deutſchlandpolitik der Weſtalliierten iſt *es* unzweifelhaft führend, mit dem Ziele, Deutſchlands Induſtrieorganiſation zum Kernſtück eines kapitaliſtiſchen Weſtblocks mit Front gegen Rußland zu machen (um die Worte zu gebrauchen, mit denen der demokratiſche Senator Pepper im amerikaniſchen „Oberhaus" die ſo verhängnisvoll einflußreiche Politik der Herren Dulles, Vandenberg und Dewey gekennzeichnet hat). Italien iſt feſt in Amerikas Hand; Griechenland wird es bald auch ſein. Francos Herrſchaft über Spanien wäre ohne amerikaniſche Unterſtützung längſt unmöglich, ſo wie auch Oberſt Perón in Argentinien wohl überhaupt nicht aufgekommen wäre, ſähen die konſervativen Kräfte in den Vereinigten Staaten ſei-

nen Sozialfaſchismus nicht als „eine Art Bollwerk gegen die weitere Ausbreitung des Kommunismus“ an (Feſtſtellung der „Neuen Zürcher Zeitung“). Amerikas Einfluß ist es, der auch im Nahen und Mittleren Oſten mehr und mehr vorherrſchend wird, der Oſt- und Südoſtaſiens unendliche Räume planmäßig durchdringt und aus dem Pazifik tatſächlich ein Binnenmeer der Vereinigten Staaten gemacht hat.

Daß Amerika, trotz Marſhalls „Nichtinterventions“-Erklärung, *China* keineswegs ſich ſelbſt zu überlaſſen gedenkt, zeigt neuerdings die der amerikaniſchen Preſſe zu entnehmende Tatſache, daß die Vereinigten Staaten ihre Militärmiſſion in Nanking, welche die Kuomintangtruppen zum Kriege gegen die Kommuniſten trainiert, unverändert aufrechterhalten, und daß auch die USA.-Marineſchule in Tſingtao, in der Tſchiang Kai-Sheks Seekadetten ihre Ausbildung bekommen, ſowie der amerikaniſche Flottenſtützpunkt in Tſingtao nach wie vor in Betrieb bleiben. Welche Macht aber General MacArthur über *Japan* ausübt, wurde jüngſt wieder klar, als auf ſeinen Befehl ein Streik unterbleiben mußte, der unter Führung der Sozialiſtiſchen Partei, der Gewerkſchaften und der Kommuniſten ſechs Millionen Arbeiter zum Kampf gegen Hungerlöhne und Inflation mobiliſieren wollte. „Capitalism first“, „die Geldintereſſen über alles“ — das iſt auch in Japan und China, genau wie in Argentinien und Deutſchland, das Leitmotiv derjenigen Kräfte, die jetzt Amerika beherrſchen. Und es iſt nur durch ſowjetfeindliche Voreingenommenheit zu erklären, wenn die bürgerliche Welt dieſe amerikaniſche Durchdringungs- und Ausdehnungspolitik mit einem ganz anderen Maßſtabe mißt als die *ruſſiſche* Machtpolitik, eine Erſcheinung, auf die neuerdings Profeſſor Laſki wieder ſehr nachdrücklich aufmerkſam macht, wenn er — bei aller Kritik an der Sowjetunion — in einem Aufſatze der „Roten Revue“ bemerkt:

„Amerikaniſche Anſprüche auf Stützpunkte im Pazifiſchen Ozean und auf Grönland werden als ſelbſtverſtändlich angenommen, ruſſiſche Forderungen auf einen Stützpunkt in Spitzbergen und freie Einfahrt ins Mittelmeer erregen ſchwerſten Verdacht; amerikaniſche Durchdringung des Mittleren Oſtens, im Beſtreben, ſich Oelquellen zu ſichern, rufen weder Panik noch Beſtürzung hervor; das entſprechende ruſſiſche Intereſſe am Petroleum des Mittleren Oſtens wird für eine Bedrohung der Selbſtändigkeit aller Völker dieſes Raumes ausgegeben. Wenn Großbritannien oder die Vereinigten Staaten den Paſchas des Mittleren Oſtens Subſidien ſpenden und ſie damit in die Lage verſetzen, ihre zweifelhaften und veralteten Regierungsmethoden aufrechtzuerhalten, ſo hören wir keine Klagen darüber; wenn Rußland in einer perſiſchen Provinz eine reformwillige Partei unterſtützt, ſo gilt das als Vorbereitung eines unentſchuldbaren Angriffs, obgleich jedermann weiß, daß Perſien in jedem Teil ſeines nationalen Lebens reformbedürftig iſt. Rußlands Begünſtigung des Tito-Regimes in Jugoſlawien wird mit Entrüſtung zur Kenntnis genommen; ebenſo Rußlands herzliche Beziehung zur Tſchechoſlowakei, die dieſes Land ſchon eine vorgeſehene amerikaniſche Anleihe gekoſtet hat. Aber niemand nimmt Anſtoß an der mächtigen Hilfe, die die Vereinigten Staaten dem Generaliſſimus Tſchiang Kai-Shek zukommen laſſen, obzwar der reaktionäre Charakter ſeines Regimes durch General Marſhall ſelbſt bloßgelegt worden iſt, noch hat irgend jemand gefordert, daß Englands Unterſtützung der faſchiſtiſchen Diktatur Salazars

in Portugal, die eine der Hauptſtützen der Macht dieſes Diktators iſt, oder die vollſtändige Beherrſchung des beſetzten Japans durch die Vereinigten Staaten, die die ruſſiſchen und auſtraliſchen Einwände gegen viele ihrer politiſchen Maßnahmen nicht berückſichtigen, näher unterſucht werden, um die Wurzel des Faſchismus in der ganzen Welt auszureißen." Dem ſei hinzugefügt, daß das Beſtreben der Sowjetunion, an ſeinen Grenzen Staaten zu haben, von denen es keine feindſeligen Umtriebe zu befürchten hat, gerade auch von der nordamerikaniſchen Union verſtanden werden ſollte, iſt doch ihre eigene Politik, insbeſondere gegenüber den mittelamerikaniſchen Staaten, ſchon längſt von der gleichen Abſicht inſpiriert. Und ob die Vereinigten Staaten in dieſem Sicherungsſtreben ſympathiſchere, weniger „imperialiſtiſche" Methoden angewandt haben und immer noch anwenden, als ſie ſolche der Sowjetunion vorwerfen, daran ſind alle Zweifel erlaubt.

Soviel über Amerikas Außenpolitik. In den *inneren* Kämpfen der Vereinigten Staaten herrſcht zur Zeit mehr oder weniger Waffenruhe; Stahlarbeiterverband und Stahltruſt haben ein Stillhalteabkommen mit Dauer bis 30. April getroffen, und andere Induſtrien ſind dieſem Beiſpiel gefolgt, ſo wie auch der Bergarbeiterverband vom Bundesgericht eine Herabſetzung der rieſigen, ihm wegen Ungehorſam auferlegten Buße auf den vierten Teil des urſprünglichen Betrages erlangt hat. Was *nach* dem 30. April geſchehen wird, bleibt abzuwarten; der Eindruck überwiegt, daß die beiden Gegner nur einmal die gegenſeitigen Stellungen abtaſten wollen, um dann mit neuer Wucht loszuſchlagen. Der Kampf zwiſchen Kapital und Arbeit ſtrebt ſowohl auf der gewerkſchaftlichen Front — wegen des Auseinanderklaffens von Löhnen und Preiſen — als auch im politiſch-parlamentariſchen Sektor — wo es ſich um die Reviſion des neuen Arbeitsrechtes handelt — neuen Höhepunkten zu und die neue kommuniſtenfeindliche Welle, die jetzt von der Außenpolitik her über Amerika hingeht, mag mithelfen, die ſozial-reaktionären Pläne des Big Business wenigſtens vorläufig durchzudrücken.

Auf die politiſche Lage in den Vereinigten Staaten wirft die doppelte Tatſache ein Streiflicht, daß im Staate Georgia der Sohn des verſtorbenen, als Raſſenhetzer und Vollblutreaktionär berüchtigten Eugen Talmadge, der junge Herman Talmadge, den Gouverneursposten mit Methoden erobert hat, die ſein Vorgänger, der liberale Ellis Arnall, als „faſchiſtiſch" bezeichnete, und daß die beiden parlamentariſchen Kammern des gleichen Staates die Neger von den ſogenannten Vorwahlen der Demokratiſchen Partei, der einzigen Partei in den Südſtaaten, und damit tatſächlich auch von den Hauptwahlen ausgeſchloſſen hat. Ich habe nie begriffen, warum die polniſche, die rumäniſche oder die bulgariſche Regierung dem amerikaniſchen Außenminiſter nie telegraphiert hat, die Vereinigten Staaten möchten gefälligſt zuerſt einmal für freie Wahlen im eigenen Land, beſonders in den Einparteienſtaaten des Südens, ſorgen, bevor ſie entrüſtete Proteſtnoten gegen die Verletzung der demokratiſchen Spielregeln nach Warſchau, Bukareſt oder Sofia ſchickten.

Deutschland zwischen Ost und West

Kehren wir nochmals nach Europa zurück, das ja allerdings den Völkern der anderen Kontinente nur noch als bösartiger Blinddarm erscheinen kann, dessen Daseinsberechtigung eine immer zweifelhaftere Sache wird. Wenn auch nur im Vorbeigehen, so verdient doch auch hier ein Ereignis festgehalten zu werden, das unter anderen Umständen geradezu Weltbedeutung gehabt hätte: die förmliche *Auflösung des preußischen Staates*. Was für eine heilsame Entwicklung könnte von der geschichtlich denkwürdigen Feststellung des alliierten Kontrollrates ausgehen: „Der preußische Staat hat mit seiner Zentralregierung und allen seinen Aemtern aufgehört zu existieren", wenn das Verschwinden des hohenzollernschen Raubgebildes, das schließlich ganz Deutschland und dazu noch Oesterreich annektiert hatte, zur Schaffung eines föderalistisch gegliederten, von unten her demokratisch arbeitenden, in einer sozialistischen Wirtschaft sicher verankerten neuen Deutschlands benützt würde! Statt dessen ist Deutschland zum bloßen Spielball der Machtinteressen der drei oder vier Reiche herabgesunken, die heute europäische Politik machen, zerschlagen, amputiert und übervölkert, ohne Eigenleben, ohne Wirtschaftsgrundlage, ohne Hoffnung, nur mit Erbitterung und Haß im Herzen, jeden Tag bereit, dem nächstbesten Hitler in die Arme zu fallen, wenn er ihm nur die endliche Erfüllung seines zweimal grausam zerstörten Wunschtraumes verheißen dürfte. Und diese deutsche Volksstimmung, deren radikalste Ausdrucksformen die Alliierten nur mit Mühe zurückdrängen können, erzeugt wiederum auf alliierter Seite neues Mißtrauen, neuen Druck, neue Verhärtung — ein ewiger Fehlerkreis. „Viele französische, holländische und belgische Sozialisten", so schreibt der Londoner „Socialist Commentary", „sind auf Grund ihrer internationalen Ueberzeugungen gegen eine Politik der Annexion und Beraubung. Aber sie ärgern sich, daß den Grenzfragen von den Deutschen eine so überragende Bedeutung beigemessen wird; sie ärgern sich über die Ausbrüche von Selbstmitleid und über die laute Anrufung der humanitären Gefühle der Welt durch viele, die keinerlei Gesinnungswandel an den Tag gelegt haben."

So müssen eben beide Teile mithelfen, daß Europa über diese *falsche* Behandlung der deutschen Frage hinauskommt: die Deutschen wenigstens durch den *Beginn* einer Umkehr von dem Katastrophenweg, den sie unter der Führung preußischen Geistes (auch wenn sich dieser Geist etwa in einem Oesterreicher verkörperte) ein paar Jahrhunderte lang gegangen sind; die Alliierten durch großzügige Wirtschaftshilfe und durch Eingliederung Deutschlands in ein demokratisch-sozialistisches Europa, als dessen Bestandteil es normalerweise nie wieder eine Gefahr für den Frieden und die Freiheit werden könnte. Aber ist es nicht Schwärmerei und Utopie, beim heutigen Zustande der Welt an so etwas auch nur zu denken? Meinetwegen; aber wenn es jetzt in

Moskau nicht ein paar unbelehrbare „Schwärmer" und „Utopiſten" gibt, die den hartgeſottenen „Wirklichkeitsmenſchen" wenigſtens eine Ahnung von ihrer Aufgabe beizubringen vermögen, dann ſollen die tauſend Damen und Herren, die ſich an und neben der Konferenz herumtreiben, nur gleich wieder ihre Koffer packen — je eher, je beſſer!

Zur Haltung Russlands

Nun iſt ja allerdings die land- und weltläufige Meinung die, daß all die ſo hoffnungslos verwickelten Probleme des internationalen Gemeinſchaftslebens ohne ſonderliche Mühe zu löſen wären, wenn nur die Sowjetunion nicht ſyſtematiſch Obſtruktion triebe und den guten Willen der anderen unwirkſam machte. Das iſt insbeſondere auch der Standpunkt der amerikaniſchen Regierung; Unterſtaatsſekretär Acheſon, von Außenminiſter Marſhall völlig gedeckt, wandte ſich erſt letzthin wieder gegen die „expanſioniſtiſche und aggreſſive" Außenpolitik Rußlands, die alle Friedensbemühungen der Weſtalliierten zunichte mache.

Ich brauche nicht mehr zu ſagen, daß ich dieſe Auffaſſung als den Tatſachen durchaus zuwiderlaufend anſehe, und ich freue mich darum, daß auch in der Schweiz, langſam zwar, eine gerechtere Beurteilung der Außenpolitik der Sowjetunion Platz zu greifen ſcheint. Ein Zeichen dafür iſt ein in den „Schweizer Annalen" (Februar 1947) veröffentlichter Aufſatz von Richard V. Burkes, dem der Herausgeber, Dr. E. von Schenck, in allem Weſentlichen zuſtimmen zu können erklärt. Der Aufſatz, deſſen Lektüre ich jedem nach *Sachlichkeit* ſtrebenden Leſer empfehlen möchte, kommt zu dem Schluß, daß „der Grundzug der ruſſiſchen Außenpolitik das Bewußtſein militäriſcher Verwundbarkeit, kombiniert mit Furcht vor einer feindlichen Welt, iſt"; „das Hauptziel der Sowjetpolitik iſt alſo nicht die Weltherrſchaft des Kommunismus, ſondern die Errichtung eines euraſiſchen kontinentalen Kräfteblocks, um der maritimen anglo-amerikaniſchen Kombination, die jedenfalls ein mehrfach größeres militäriſches Potential beſitzt als die USSR., nach Möglichkeit ein ausſichtsreiches Gegengewicht entgegenzuſtellen". Die Behauptung, Rußlands Außenpolitik ſei expanſioniſtiſch und aggreſſiv, müſſe darum „als ernſthafte Deutung der ruſſiſchen Außenpolitik abgelehnt werden". Sie ſei nichts als ein Manöver, deſſen Bedeutung vor allem innenpolitiſch ſei, das aber den Weg zu einer fruchtbaren und konſtruktiven Auseinanderſetzung verſperre. „Die Pax-sovietica-Theorie (alſo die Lehre, daß die Sowjetunion der Welt *ihren* Frieden, und damit meint man einen kommuniſtiſch-imperialiſtiſchen Gewaltfrieden aufzwingen wolle. H. K.) könnte auf lange Sicht ſehr wohl zum Entſtehen eines dritten Weltkonfliktes beitragen — eine überaus ſchwere Verantwortung für deren Verfechter."

Um ſo bedauerlicher iſt es, wenn auch in unſeren eigenen Reihen ein derart ſchiefes Urteil über Rußlands Außenpolitik gefällt wird,

wie dies in zwei Artikeln geſchieht, die Herr J. Tſcharner im „Aufbau“ veröffentlicht. Ich würde dieſe Artikel hier überhaupt nicht erwähnen, hätte nicht ihr Verfaſſer den Verſuch gemacht, *Leonhard Ragaz* gegen mich auszuſpielen. Das muß entſchieden zurückgewieſen werden. Herr Tſcharner gräbt nämlich eine Aeußerung wieder aus, die Leonhard Ragaz im Jahre ... 1921 getan hat, und in der ſich der damalige Redaktor der „Neuen Wege“ ſcharf gegen den „ſozialiſtiſchen Imperialismus“ der Sowjetunion wendet. Er verſchweigt aber wohlweislich, daß Profeſſor Ragaz ſeine Anſicht in dieſem Punkte ſpäter völlig *geändert* hat. Das geht — um nur eine einzige Aeußerung dieſer Art, und zwar eine ſolche aus Leonhard Ragazens Todesjahr, anzuführen — mit abſoluter Klarheit beiſpielsweiſe aus der träfen Antwort hervor, die er im Aprilheft 1945 Herrn H. Köchlin auf deſſen Kritik an ſeiner Haltung gegenüber Rußland (und Deutſchland) erteilt hat. Leonhard Ragaz weiſt darin „alte und neue Lügen und Verleumdungen“ zurück, die im Kampfe gegen Rußland aufgetiſcht würden, und ſtellt feſt, „daß das Weſen und Wirken der Sowjetunion auf die ungeheuerlichſte Weiſe verkannt und verleumdet worden iſt“. Die *Wahrheit* öffne ſich „nur dem *Verſtehen*, nicht dem ſchnellfertigen Aburteilen der Voreingenommenheit und Selbſtgerechtigkeit“. „Und das iſt“, ſo fährt er fort, „meine Einſtellung zu Rußland. Auch ich ſelbſt habe darin gefehlt aber nicht im Sinne Ihrer Anklage, ſondern im genau entgegengeſetzten Sinn. Ich habe gelernt, und habe dabei ein gutes Gewiſſen vor Gott und den Menſchen — habe auch mit meiner Beurteilung des ruſſiſchen Verhaltens in den letzten Zeiten recht bekommen.“

Profeſſor Ragaz lehnt insbeſondere die Behauptung vom ruſſiſchen Imperialismus und die zum eiſernen Beſtand aller Rußlandhetze gehörende Gleichſetzung des Kommunismus mit dem Nazismus ſcharf ab. „Es iſt“, ſo ſagt er, „ein gewaltiger Unterſchied, ob ein Volk im Namen ſeiner Herren- und Herrſchaftsberufung die Welt für ſich beanſprucht, alſo grundſätzlich erobernd auftritt und angreift, oder ob ein Volk nach unſäglich ſchwerer Erfahrung mißtrauiſch geworden iſt, und die Idee, welche es verkörpert, vor neuen Angriffen zu ſchützen verſucht.“ Darum erklärt er auch die beliebte Rede, Rußlands Außenpolitik „könne kein Vertrauen erwecken, wenn man ſeine Innenpolitik bedenke“, als „willkürliche Konſtruktion“ und meint, man könne eher den Stiel umkehren und erklären, daß eine ſo treffliche Außenpolitik wie die ruſſiſche „nur auf eine völlig anders, als Sie annehmen, orientierte *Innenpolitik* ſchließen laſſe“.

Das war die Auffaſſung Leonhard Ragazens, ſo wie er ſie in ſeinen ſpäteren Jahren vertrat. Man mag ſich dazu ſtellen, wie man will; aber *wenn* man ſchon die Autorität Ragazens anrufen will, ſo darf man nicht bloß frühere Aeußerungen von ihm über Rußland herausſuchen und ſie polemiſch verwenden, ſondern muß auch ſeine ſpäteren

Ueberzeugungen gelten laſſen, ja, man muß ſich, allgemeinem und ſehr berechtigtem Brauch entſprechend, vor allem an diejenigen Aeußerungen halten, die er ſelbſt als *endgültig* aufgefaßt wiſſen wollte.

Der Schreibende iſt, in aller Freiheit, mit Bezug auf die Beurteilung Rußlands ungefähr den gleichen Weg gegangen wie Leonhard Ragaz und hat im Geſpräch mit ihm ſtets wieder die grundſätzliche Uebereinſtimmung ſeiner Erkenntniſſe mit denjenigen des verehrten Meiſters feſtſtellen können — nicht bloß in der Rußlandfrage, ſondern auch in den übrigen Grundfragen des Weltgeſchehens und der ſchweizeriſchen Entwicklung. Solange er noch in den „Neuen Wegen" zu den Zeitereigniſſen Stellung zu nehmen hat, wird er es im gleichen Geiſte tun, aus dem er bisher geſchrieben hat — nicht in „leichtfertiger" Verkennung der Einwände, die etwa dagegen erhoben werden können (wie von beſtimmter Seite behauptet wird), ſondern nach gewiſſenhafter Prüfung des Tatbeſtandes, dann aber mit derjenigen Offenheit und Feſtigkeit, die er der Sache, um die es geht, ſchuldig iſt.

18. März 1947. *Hugo Kramer.*

Voranzeige

Die an der Jahresverſammlung der „Freunde der Neuen Wege" und der religiös-ſozialen Vereinigung beſchloſſene Ausſprache über das Rußlandproblem findet Sonntag, 11. Mai 1947, in Zürich, im Volkshaus, Helvetiaplatz, ſtatt mit einem Referat von Pfarrer Paul Trautvetter und einem Korreferat von Dr. Hugo Kramer. Nähere Angaben folgen in der Aprilnummer.

Erklärung

Dr. Hendrik de Man, der zufällig die Oktobernummer des letzten Jahrgangs der „Neuen Wege" in die Hand bekam, proteſtierte gegen eine Aeußerung in meinem Bericht über die Konferenz des Internationalen Bundes der religiöſen Sozialiſten im Schloß Hünigen, in welchem ich von den „wohl bewußt falſchen Verſicherungen" ſprach, mit denen Hendrik de Man einen Teil der belgiſchen Genoſſen dazu brachte, mit den Deutſchen zu kollaborieren. Unſer Angebot, in den „Neuen Wegen" eine Entgegnung von Dr. de Man zu bringen, konnte er nicht annehmen, da Aeußerungen dieſer Art gegen die ihm durch ſeine Lage als politiſcher Flüchtling auferlegte Zurückhaltung verſtießen. In einer perſönlichen Ausſprache bat er mich, dieſe Stelle meines Berichtes zurückzunehmen, da ich damit die Grenze zwiſchen politiſcher Auseinanderſetzung und ehrenrühriger perſönlicher Anſchuldigung überſchrit-